
PRESSE-DIENST

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

Norddeutsche Wirtschaft erteilt Mindestlohn von 15,00 Euro eine klare Absage

„Das kostet Jobs und trägt Unfrieden in die Betriebe,“ warnt UVNord-Präsident Dr. Philipp Murmann

Hamburg. Mit Unverständnis begegnet die norddeutsche Wirtschaft der Forderung von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil nach einem Mindestlohn von 15,00 Euro.

Am Rande einer Sitzung seiner Organisation positioniert sich UVNord-Präsident Dr. Philipp Murmann deutlich: „Schon mit der aus dem SPD-Bundestagswahlkampf resultierenden Erhöhung des Mindestlohns auf 12,00 Euro hatte die Ampelregierung an der Mindestlohnkommission gesägt. Nun tritt offen zutage, dass es künftig nur noch eine staatliche Lohnfestsetzung geben soll. Dagegen werden wir uns nach Kräften stemmen. Es ist das eine, wenn die Politik immer wieder höhere Mindestlöhne ordert und damit die Mindestlohnkommission ad absurdum führt. Etwas anderes ist aber, dass die ständige Einmischung von Seiten der Politik offenbar dazu führen soll, dass die Tarifpartner in wesentlichen Bereichen gelähmt werden sollen.“

Zudem fällt die erneute Erhöhungsdebatte in eine völlig falsche Zeit. Der Arbeitsmarkt beginnt zu schwächeln, das konjunkturelle Umfeld verschlechtert sich deutlich, die Wettbewerbsfähigkeit steht auf dem Spiel. Langsam beginnt zudem beim Mindestlohn der Punkt erreicht zu werden, bei dem es echte Jobs kostet. Ein großes Problem stellt für die Arbeitgeber auch der Abstand zu anderen höherwertigen Lohngruppen dar. Somit wird Unfrieden in die Betriebe getragen oder die Arbeitgeber genötigt, weitere Entgeltanhebungen vorzunehmen, die in der Regel vom Markt nicht akzeptiert werden. Vielmehr drohen Preiseffekte, da gerade die Dienstleister versuchen werden, höhere Lohnkosten an die Kunden weiterzureichen.

Es ist sehr verwunderlich, dass ausgerechnet der Bundesarbeitsminister mit einer bislang gut gelebten Tarifpartnerschaft in der Bundesrepublik spielt oder sie sogar auf's Spiel setzt. Auch Arbeitgeber und ihre tarifragenden und -schließenden Verbände benötigen denselben Respekt wie auch andere Berufsgruppen und Branchen sowie die Politik selbst es für sich in Anspruch nimmt.“

UVNord ist der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der norddeutschen Wirtschaft und vertritt über seine 116 Mitgliedsverbände die Interessen von mehr als 106.000 Unternehmen, die in Hamburg und Schleswig-Holstein rund 1,9 Millionen Menschen beschäftigen. UVNord ist zugleich die schleswig-holsteinische Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

10.09.2024